

II-2449 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG  
BUNDESMINISTER ING. RUDOLF HAUSER

Z1.30.037/3-15/73

1010 Wien, den 7. Mai 197<sup>3</sup>  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

1126 / A.B.  
zu 1206 / J.  
Präs. am 8. Mai 1973

BEANTWORTUNG

der Anfrage der Abgeordneten BURGER, Ing. LETMAIER und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Handhabung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes durch die Landesarbeitsämter (Nr. 1206/J-NR/1973)

Zu den einleitenden Bemerkungen:

"Anlässlich der Beschlußfassung der Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz am Mittwoch, den 21.3.1973, habe ich als Erstunterzeichner dieser Anfrage, einige Beispiele gebracht, daß das Arbeitsmarktförderungsgesetz bereits für den 2. Bildungsweg herangezogen wird.

Diese Tatsache, die bereits für bestimmte Personen selbstverständlich ist, steht kraß im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen.

Vor allem wurde die Feststellung gemacht, daß es zu politischen Bevorzugungen kommt.

Da es sich um gesetzliche Abzüge handelt, ist eine solche Handhabung der Arbeitsmarktförderung gewisser Beamter von Arbeitsämtern verwerflich.

Der Grundsatz "Gleiches Recht für Alle" muß gerade bei der Gesetzesanwendung gewährleistet sein."

nehme ich wie folgt Stellung:

Sie gehen von zwei Feststellungen aus. Die erste Feststellung ist, daß das Arbeitsmarktförderungsgesetz in krassem Gegensatz zu seinen Bestimmungen für den zweiten Bildungsweg herangezogen wird. In dieser summarischen Form wird sich weder im Wortlaut

-4-

Eine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten der Anfrage,  
nämlich:

"1. Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, diese Übelstände  
erheben und sofort abstellen zu lassen?"

und:

"2. Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um neuerliche Über-  
griffe hintanzuhalten?"

kann im Hinblick auf die obigen Ausführungen, aus denen sich  
ergibt, daß ein Übelstand nicht vorliegt und Übergriffe der  
behaupteten Art mir nicht bekannt sind, entfallen.

Der Bundesminister:

